

Antrag

gemäß der Geschäftsordnung

**Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN / CDU-Fraktion / FDP-Fraktion
/ SPD-Fraktion**

Nr.: A 22/0407-01

Status: öffentlich

Datum: 20.05.2022

**Antrag zum TOP "Angekündigte Schließung der Werke von Vallourec
Deutschland - Unterstützung für die Beschäftigten und ihre
Familien!"**

**Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und
SPD**

Beratungsfolge:

<u>Gremium:</u>	<u>Datum:</u>	<u>Status:</u>	<u>Zuständigkeit:</u>
Wirtschaftsausschuss	20.05.2022	Ö	Entscheidung
Rat der Stadt	24.05.2022	Ö	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und SPD beantragen:

Der Rat der Stadt beschließt:

1. Politik und Verwaltung nehmen die Schließung der Werke der Vallourec Deutschland GmbH in Düsseldorf und Mülheim mit großer Betroffenheit zur Kenntnis. Darüber hinaus werden Politik und Verwaltung alles in ihrer Möglichkeit stehende unternehmen, um die von der Schließung der Werke betroffenen Arbeitnehmer*innen zu unterstützen. In engster Abstimmung der beiden Städte Mülheim an der Ruhr und Düsseldorf wird ein intensiver

Austausch mit Betriebsrat und Gewerkschaft angestrebt, um bei der Umsetzung des angekündigten Sozialplans bestmöglich zu unterstützen.

Dabei werden u.a. folgende Konzepte intensiv geprüft:

a. das Fortschreibungskonzept der Arbeitnehmerseite mit der Unternehmensberatung „Q&A Banner Küster“ mit Unterstützung und finanzieller Beteiligung durch die Landes- und Bundesregierung;

b. eine Transfer- und Qualifizierungsgesellschaft unter Bezugnahme auf §111 SGB III in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit für die Beschäftigten der Vallourec-Werke;

c. eine Transformationsagentur in Zusammenarbeit mit der Landesregierung zur schnellen Arbeitsmarktvermittlung, Moderation von betrieblicher Fachkräftesicherung und Koordination von beruflicher (Weiter-)Qualifizierung;

2. Die Verwaltung informiert in jeder Sitzung der Ausschüsse für Wirtschaft, Innovation und Digitalisierung sowie Arbeit, Gesundheit und Soziales über den Stand der Gespräche und Maßnahmen.

3. Die Begründung zur „Vorkaufsrechtssatzung Dümpten West in Mülheim an der Ruhr“ (V 22/0306-01) ist derart zu erweitern, dass eine gewerbliche, „industrielle“ Nutzung als Verwendungszweck für das Grundstück gemäß §25 Abs. 2 Satz 2 BauGB anzugeben ist. Der voraussichtlich erforderliche Bebauungsplan und der zu erstellende städtebauliche Rahmenplan sollen die Ansiedlung von produzierendem und verarbeitendem Gewerbe fördern. Hierzu ist das Bebauungsgebiet als Industriegebiet nach §9 BauNVO zu definieren. Die Zulässigkeit von Lagerhäusern und Lagerplätzen ist zu begrenzen.

Sachverhalt:

- Begründung erfolgt mündlich -

Christina Küsters

CDU-Fraktionsvorsitzende

Markus Püll

Ausschusssprecher CDU-Fraktion

Tim Giesbert

Fraktionsvorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen

Björn Maue

Ausschusssprecher

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Peter

Beitz

FDP-Fraktionsvorsitzender

Margarete

Wietelmann

SPD-Fraktionsvorsitzende

Anlage(n):